

Marco Overhaus
Juni 2025

Die Zukunft der NATO

*Von der Führungsmacht zu »Uncle Sucker«:
Die US-Debatte zur NATO*



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Internationale Zusammenarbeit | Referat Globale und Europäische Politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Peer Teschendorf | Europäische Außen- und Sicherheitspolitik
peer.teschendorf@fes.de

Übersetzung

Meiken Endroweit, Corina Alt

Design/Layout

pertext | corporate publishing
www.pertext.de

Coverbild

picture alliance / Hans Lucas | Nicolas Messyasz

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Juni 2025

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Marco Overhaus
Juni 2025

Die Zukunft der NATO

*Von der Führungsmacht zu »Uncle Sucker«:
Die US-Debatte zur NATO*

Inhalt

Einleitung	3
Die Nationale Sicherheitsstrategie und die Sicherheitsdebatte in den USA ...	3
Die NATO – immer noch eine Wertegemeinschaft?	6
Verteidigung und Abschreckung der NATO	6
Cyber-, Weltraum- und neue Technologien sowie hybride Bedrohungen	7
Atomare Abschreckung und Rüstungskontrolle	8
Lastenteilung, Europäisierung und Reform der NATO	9
Der Krieg in der Ukraine	11
Das Engagement der NATO im Süden	13
Zusammenfassung und Ausblick	14
Literatur	15

Einleitung

Schon früh in seiner zweiten Amtszeit stieß der US-Präsident Donald Trump einen grundlegenden Wandel in der Außen- und Sicherheitspolitik der USA an. Er strebte eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland an und signalisierte seine Bereitschaft, den Krieg in der Ukraine zu Russlands Bedingungen zu beenden. Trump hat den europäischen Verbündeten Zölle auferlegt; das war aber ebenfalls schon in seiner ersten Amtszeit (2017–2021) der Fall. Nicht einmal die Möglichkeit, militärische Gewalt anzuwenden, schloss er aus, um Grönland den USA einzuverleiben. Und Trump hat immer wieder vorgeschlagen, dass Kanada der 51. Staat der USA wird. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wandelt sich schon seit einigen Jahren grundlegend. Dennoch überrascht es auch langjährige Beobachter_innen der US-Politik, wie schnell und radikal Trump die USA in eine neue Richtung steuert.

Dieser Politikwechsel wird schwerwiegende, wenn nicht gar existenzielle Konsequenzen für die NATO haben. Allein im Hinblick auf die militärischen Ressourcen scheinen die USA unersetzbar zu sein. 2023 kamen die USA immer noch für nahezu 70 Prozent der Militärausgaben der Verbündeten auf (916 Milliarden US-Dollar von 1 340 Milliarden US-Dollar in aktuellen Preisen) (Stockholm International Peace Research Institute 2024). Die Streitkräfte der NATO-Verbündeten umfassen 3,2 Millionen Männer und Frauen in Uniform; die USA stellen 1,3 Millionen davon (Chapter Three: Europe 2024).¹ Die Verbündeten in der NATO sind nicht nur von den militärischen Kapazitäten der US-Streitkräfte abhängig, sondern auch von deren Fähigkeiten und den sogenannten *strategic enablers*, wie Logistik, Schwerlasttransport, Aufklärung, Luftabwehr.

Die öffentliche Debatte in den USA zu grundlegenden Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik hält nicht mit den Änderungen Schritt, die Trump und seine Administration schon umgesetzt haben. So sind zum Beispiel viele republikanische Kongressabgeordnete, die bis dato noch loyale Unterstützer_innen der NATO und des Kampfes der Ukraine gegen die russische Aggression waren, von Trumps neuer Politik überrascht worden. Viele zögerten, ihre Bedenken offen zu äußern, oder sie fügten sich sogar und unterstützen nun die neue Politik. Abgeordnete der Demokraten äußern Bedenken; sie haben aber große Schwierigkeiten, sich Gehör zu verschaffen und eine geschlossene Opposition zu bilden. Es wird immer offensichtlicher, dass der US-Kongress nicht willens und nicht imstande ist, ein Korrektiv zum impulsiven Politikstil des neuen Präsidenten zu bilden. Das war während Trumps erster Präsidentschaft anders.

Die gleiche Diskrepanz zwischen öffentlicher Debatte und offizieller Politik zeigt sich auch bei Veröffentlichungen US-amerikanischer Think-Tanks. Natürlich waren auch schon vor Trumps erneutem Einzug in das Oval Office kritische

Stimmen hinsichtlich des Engagements der USA in der NATO, der NATO-Erweiterung oder der militärischen Unterstützung der Ukraine zu hören. Jedoch waren es nur wenige und sie hatten keinen großen Einfluss. Am Ende von Trumps erster Amtszeit wurden Think-Tanks gegründet, die Trumps Ansichten und seiner Make-America-Great-Again-Bewegung nahestehen, etwa das America First Policy Institute und das Center for Renewing America. Höchstwahrscheinlich werden sie nun in der öffentlichen Debatte noch lauter und dominanter werden.

Im Diskurs der Think-Tanks über die NATO und NATO-bezogene Themen überwiegen bislang noch internationalistisch, transatlantisch und auf militärische Abschreckung ausgerichtete Stimmen. Vor dem Hintergrund von Russlands Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022, dem neuen strategischen Konzept der NATO aus dem Jahr 2022, des Gipfels zum 75-jährigen Bestehen der Allianz im Jahr 2024 und mit dem Rückenwind der Biden-Regierung sprachen sich die meisten Beiträge zur NATO nachdrücklich für eine Verstärkung der transatlantischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich – natürlich mit größerem europäischem Beitrag –, für die Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland und für die Verstärkung der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeiten des Bündnisses an seiner Ostflanke aus.

Es wird sich zeigen, wie der radikale Politikwechsel unter »Trump II« den Diskurs der Think-Tanks beeinflussen wird. Einige Analyst_innen passen bereits ihre Argumentation den neuen politischen Umständen in Washington an. Dabei machen sie sich insbesondere den »transaktionalen« Deutungsrahmen Trumps zu eigen. Sie erörtern, wie die Beteiligung der USA in der NATO in »einen neuen Deal für Amerika« umgewandelt (The Alphen Group 2025) und wie ein »neuer transatlantischer Deal« (Hooker und Molot 2025, S. 17) vereinbart werden kann, der die zweite Amtszeit Trumps überdauert. Andere, wie Max Bergmann vom Center for Strategic and International Studies (CSIS), sind indes skeptisch, ob ein »neuer Deal« tatsächlich möglich ist – vor allem wenn das bedeuten würde, dass Europa deutlich mehr für Verteidigung ausgibt und mehr US-Waffen oder US-Flüssiggas kauft (Bergmann 2025, S. 5).

Die Nationale Sicherheitsstrategie und die Sicherheitsdebatte in den USA

In den letzten Jahrzehnten beruhte die US-Außen- und Sicherheitspolitik auf der Annahme, dass die Sicherheit und der Wohlstand der USA ein starkes politisches, ökonomisches und militärisches Engagement im Rest der Welt erforderlich machen. Diese Sicht spiegelte sich sogar in Trumps Nationaler Sicherheitsstrategie (National Security Strategy – NSS) von 2017. Diese Strategie bedeutete jedoch bereits eine Abkehr von früheren Strategiepapieren der USA – und zwar

¹ Die Truppenzahlen beziehen sich nur auf den aktiven Dienst.

unter dem Schlagwort des »prinzipientreuen Realismus«. Die Strategie zeichnete die Welt in ziemlich düsteren Farben als eine Arena, in der staatliche und nicht-staatliche Akteure um ökonomische und militärische Macht sowie um Einfluss kämpfen. Laut der Nationalen Sicherheitsstrategie gehen die größten Bedrohungen von revisionistischen Mächten (China und Russland), Schurkenstaaten (vor allem Iran und Nordkorea) sowie vom dschihadistischen Terrorismus aus. Das Dokument unterstrich, wie sehr andere Länder, darunter auch Verbündete, die Großzügigkeit der USA ausgenutzt hätten. Trumps erste Nationale Sicherheitsstrategie hob jedoch auch die Bedeutung der internationalen Ordnung und ihrer Institutionen hervor, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit Hilfe der USA aufgebaut worden sind. Die USA bekannten sich darin zur NATO und zu ihrer Beistandsklausel sowie zur erweiterten atomaren Abschreckung durch die USA (President of the United States of America 2017).

Die Biden-Regierung veröffentlichte 2022 ebenfalls eine Nationale Sicherheitsstrategie. Sie teilt viele der wahrgenommenen Bedrohungen mit dem Vorgängerdokument, aber sie definiert die amerikanische Führung wesentlich integrativer und auf der Grundlage langfristiger US-Interessen. Der deutlichste Unterschied zur ersten Nationalen Sicherheitsstrategie von Trump ist, dass Bidens Strategie den Fokus auf den (Wieder-)Aufbau von Allianzen und Partnerschaften legt, vor allem mit anderen Demokratien. Das ist eine der drei Leitlinien von Bidens Strategie (The White House 2022, S. 11).

Die Frage, wie die USA ihre Interessen und Verpflichtungen in Europa mit ihrem Engagement in anderen Weltregionen, vor allem im Indopazifik, ausbalanciert, ist für Europa besonders relevant. Spätestens seit Obamas »Pivot to Asia« (Schwenk nach Asien) im Jahr 2011 gilt China für die USA als die wichtigste langfristige Herausforderung.

Die Position der Falken und Liberalen

Peter Rough unterscheidet in der US-Debatte zwischen den »traditionellen Falken und klassischen Liberalen« auf der einen Seite und den »Priorisierenden« (*prioritizers*) auf der anderen Seite. Erstere tendieren dazu, die von Russland und China (ebenso wie die von anderen »Schurkenstaaten« wie Iran und Nordkorea) ausgehenden Herausforderungen als miteinander verknüpfte »Teile desselben Ganzen« zu betrachten (Rough 2024, S. 23). Die verstärkte Sicherheitskooperation zwischen Russland, China, Iran und Nordkorea in der Folge des Krieges in der Ukraine bestätigt diese Annahmen. Analyst_innen konservativer Institutionen wie dem American Enterprise Institute oder der Heritage Foundation plädieren daher für deutlich höhere Verteidigungsausgaben, um ausreichend Ressourcen für eine global ausgerichtete und ambitionierte Verteidigungsstrategie zu haben (Eaglen 2022; Spoehr 2022).

Aber auch Forscher_innen aus eher liberalen Think-Tanks teilen diese Wahrnehmung eines zusammenhängenden Gefahrenkomplexes. Eine vom United States Institute of Peace einberufene Gruppe von Expert_innen verweist bei-

spielsweise auf die »wachsende Interdependenz der Abschreckungsdynamiken im euroatlantischen und indopazifischen Raum aufgrund der zunehmenden strategischen Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten, China und Russland« (United States Institute of Peace 2024, S. 11–12). Hans Binnendijk und Daniel Hamilton betonen zudem, dass Russland und China aus mehreren Gründen eine umfassende Herausforderung für die NATO darstellen (Binnendijk und Hamilton 2023):

- die zunehmend enge Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und in der Verteidigungsindustrie
- die Bedrohungen der freien Seefahrt und der globalen Gemeinschaftsgüter
- Chinas Investitionen in kritische europäische Infrastruktur und Technologien, darunter Häfen, Telekommunikation, Stromnetze und verteidigungsbezogene Lieferketten

Aus ähnlichen Gründen betonen Regina Karp und Richard Maass, dass die NATO China nicht als ein »Out-of-area«-Problem ansehen sollte (Karp und Maass 2024, S. 7).

Befürworter_innen dieser global-orientierten Sicht unterstreichen auch eher die Bedeutung Europas für die Sicherheit und die ökonomischen Interessen der USA. So führt zum Beispiel Luke Coffey (zuvor Heritage und jetzt Hudson Institute) aus, dass »die europäische Stabilität, die Russland auszuhöhlen versucht, Auswirkungen nicht nur auf die US-Wirtschaft, sondern auch auf die amerikanischen Arbeitnehmer_innen hat. Zusätzlich zu einer robusten NATO trägt die Unterstützung der Ukraine zur Erhaltung der Stabilität in Europa bei« (Coffey 2024). Nile Gardiner und Robert Greenway von Heritage stellen fest, dass ein »sicheres Europa und ein stabiles transatlantisches Bündnis, inklusive der besonderen Beziehungen zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich, die Sicherheit des amerikanischen Volkes fördern« (Greenway und Gardiner 2024).

Die von den Heritage-Analysten dargelegte Position ist besonders interessant, da dieser konservative Think-Tank im Vorfeld der Wahlen 2024 eng mit Trump in Verbindung stand. In den vergangenen Jahren ist Heritage immer mehr zu einer Lobbyorganisation geworden. Allerdings kollidieren die bisherigen außen- und sicherheitspolitischen Positionen dieses Think-Tanks mit Trumps prorussischer, antiukrainischer und NATO-skeptischer Politik. Es wird interessant sein zu sehen, wie Heritage auf diese neue offizielle Politik reagieren und sich anpassen wird.

Die Einschätzung der *prioritizers*

Anders als die »traditionellen Falken und klassischen Liberalen« aus Roughs Kategorisierung betonen die *prioritizers*, dass China die echte Herausforderung für die USA ist, weit mehr als Russland. Elbridge Colby, der in der zweiten Trump-Administration eine Schlüsselposition im Verteidi-

gungsministerium innehat, ist einer der prominentesten Verfechter dieser Sichtweise. Colby ist auch Mitbegründer der Marathon Initiative, einem Think-Tank, der sich der Förderung von außenpolitischen Strategien verschrieben hat; ausgehend von der Annahme, dass »Amerika nicht einfach seine Gegner finanziell übertrumpfen kann« (The Marathon Initiative). Kürzlich veröffentlichte dieser Think-Tank eine Studie mit der Schlussfolgerung, dass die Abhängigkeit Europas von den USA aufgrund der »sich verschärfenden Haushaltszwänge und des zunehmenden Drucks rivalisierender Mächte in mehreren Regionen« nicht aufrechtzuerhalten sei (Ellis 2024, S. 3).

Bei der Auseinandersetzung mit China im indopazifischen Raum erwartet in der US-Debatte kaum jemand – seien es Falken, Liberale oder *prioritizers* – von der NATO und ihren europäischen Mitgliedern einen bedeutenden militärischen Beitrag. Lange Zeit hat die Allianz China nicht einmal als ein wichtiges Thema erachtet. Erst 2019, und das nach intensiver Lobbyarbeit der USA in Brüssel, erwähnte die NATO China erstmals in einem offiziellen Dokument. Im aktuellen Strategischen Konzept des Bündnisses aus dem Jahr 2022 heißt es: »Die von der Volksrepublik China erklärten Ziele und ihre Politik des Zwangs stellen unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte vor Herausforderungen« (North Atlantic Treaty Organization 2022, S. 5). Die NATO stärkte auch ihre Beziehungen mit den wichtigsten Partnern im Indopazifik, vor allem mit der Gruppe der »Indopazifischen Vier«, d. h. Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea.

Auch bei den US-Einsätzen zur Verteidigung der Freiheit der Schifffahrt (Freedom of Navigation Operations) in Asien sind einige Analyst_innen der Ansicht, dass einzelne NATO-Verbündete sich umfangreicher als bisher beteiligen sollten (Binnendijk und Hamilton 2023, S. 13–14). Andere stimmen dem nicht zu. So schreiben beispielsweise die Expert_innen des United States Institute of Peace, dass »es ein Fehler für das Bündnis wäre, seine militärische Macht noch stärker auszudünnen, indem es vor allem symbolische Einsätze und Aktivitäten im Indopazifik verfolgt« (Council on Foreign Relations 2024). Die meisten Analyst_innen sind sich jedoch einig, dass die NATO die konventionellen US-Streitkräfte in Europa entlasten muss, damit sich die USA mehr auf den Indopazifik konzentrieren können.

Die Sicht der NATO-Skeptiker_innen

Neben den »traditionellen Falken und klassischen Liberalen« und den *prioritizers* kann noch eine dritte Gruppe identifiziert werden, die als *restrainer* (am ehesten zu übersetzen mit die »Zurückhaltenden«) oder sogar als »NATO-Skeptiker_innen« bezeichnet werden können. Sie ähneln den *prioritizers*, aber es gibt auch deutliche Unterschiede. Wie die *prioritizers* plädieren diese Allianzskeptiker_innen dafür, dass sich die USA weniger für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent einsetzt. Doch ziehen sie radikalere Schlussfolgerungen und betrachten Russland tendenziell wohlwollender als die *priori-*

tizers. Laut den NATO-Skeptiker_innen ist das Bündnis mit daran schuld, dass sich die Beziehungen zwischen den USA bzw. dem Westen und Russland seit den späten 1990er Jahren verschlechtert haben. In diesem Lager spielt das libertäre Cato Institute eine wichtige Rolle.

Marc Trachtenberg führt in einer Cato-Publikation an, dass ein »europäisches System, in dem die Vereinigten Staaten höchstens eine marginale Rolle spielten, anders funktionieren würde«. Aus seiner Sicht würde ein Rückzug der USA aus Europa letztendlich sogar mehr Sicherheit und Stabilität für den Kontinent bringen. Solch ein Wechsel in der US-Politik würde die europäischen Staaten dazu zwingen, »gemäßigter, mehr auf den Status quo ausgerichtet und defensiver zu sein, als die von den Vereinigten Staaten seit 1991 verfolgte Politik«. Dies würde wiederum »von Russland mit geringerer Wahrscheinlichkeit als eine Bedrohung wahrgenommen werden« (Trachtenberg 2024, S. 16).

NATO-Skeptiker_innen gehen meist davon aus, dass die europäischen Staaten eigenständig für ihre Sicherheit sorgen können, selbst wenn Russland eine Sicherheitsherausforderung für sie bleiben wird. Für Justin Logan (auch vom Cato Institute) hat die »klägliche Performance« in der Ukraine gezeigt, dass Moskau nicht in der Lage sein wird, »Europas größere, stärkere Länder zu besiegen«, und somit keine »regionale Hegemonie« erreichen kann, selbst wenn die USA ihre Präsenz drastisch reduzieren würden (Logan 2023, S. 14).

Die Restraint-Bewegung ist ideologisch heterogener als die konservativen Libertären. Zu ihr gehören auch »Realisten« aus dem akademischen Bereich wie Barry Posen, John Mearsheimer oder Stephen Walt ebenso wie Forscher_innen am Quincy Institute for Responsible Statecraft. Auch sie stehen der sicherheitspolitischen Führungsrolle der Vereinigten Staaten in den Allianzen, nicht zuletzt der NATO, kritisch gegenüber.

Nach ein paar Monaten der Trump-Präsidentschaft ist es offensichtlich, dass die NATO-skeptische Sichtweise vom Rand des öffentlichen Diskurses ins Zentrum der offiziellen US-Politik gerückt ist. Weit weniger klar ist jedoch, ob Trump und seine neue Regierung in der Lage sein werden, eine kohärente außen- und sicherheitspolitische Strategie zu formulieren. Denn Trumps Herangehensweise an die Außen- und Sicherheitspolitik bleibt höchst ambivalent und widersprüchlich:

- Einerseits haben sich Trump und die Republikaner das Motto »Frieden durch Stärke« zu eigen gemacht und unter anderem versprochen, die Kriege in der Ukraine und in Gaza schnell zu beenden.
- Andererseits hat Trump seinen Wähler_innen versprochen, die USA aus den internationalen Krisen und Konflikten herauszuhalten, was sich nur schwer mit »Frieden durch Stärke« in Einklang bringen lässt.

Die NATO – immer noch eine Wertegemeinschaft?

Lange Zeit galt es in der NATO als eine Selbstverständlichkeit, dass das Bündnis nicht nur eine Interessen-, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist. Das spiegelt sich auch in den Analysen und Kommentaren zur euroatlantischen Sicherheit der letzten Jahre. In den Veröffentlichungen der Think-Tanks, die für diesen Beitrag untersucht worden sind, wurde die Wertefrage nur selten thematisiert. Wenn es um Werte ging, dann war in den USA zumeist von den »Ausreißern«, wie Ungarn oder die Türkei, die Rede. Biden hob zu Beginn seiner Präsidentschaft den Kampf der Demokratien gegen die Autokratien hervor. Das belegt, dass Washington die NATO als eine Allianz liberaler und demokratischer Staaten betrachtete.

Dies hat sich mit Trumps Rückkehr ins Weiße Haus grundlegend geändert. Die Rede von Vizepräsident JD Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2025 war ein Wendepunkt. Seine Rede und die Reaktionen des Publikums offenbarten eine neue transatlantische Wertekluft (die allerdings zunehmend auch eine Kluft innerhalb Deutschlands und anderer europäischer Gesellschaften ist). Vance sagte, dass er sich nicht so sehr um äußere Bedrohungen durch Russland oder China Sorge, sondern eher um die »Bedrohung von innen. Der Rückzug Europas von einigen seiner fundamentalen Werte, Werte, die es mit den Vereinigten Staaten von Amerika teilt« (Vance 2025). Aus seiner Sicht sind die Unterdrückung der freien Rede und eine »digitale Zensur« in vielen europäischen Ländern auf dem Vormarsch. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius wies die Aussagen von Vance scharf zurück. Es sei »unakzeptabel«, Europäer_innen zu beschuldigen, keine echten Demokrat_innen zu sein (Pistorius 2025).

Seit seinem Amtsantritt im Januar 2025 arbeitet Trump darauf hin, die Exekutivgewalt auf vielfältige Art zu erweitern. Er und seine Berater_innen hängen der Rechtstheorie der »unitären Exekutive« (Unitary Executive Theory) an, nach der auf Bundesebene der Präsident allein die Exekutivgewalt ausübt. Der Versuch, die Fesseln der Macht zu Hause zu sprengen, könnte auch einen Einfluss darauf haben, wie die USA auf internationalem Parkett auftreten. Lange wurden die Vereinigten Staaten als eine liberale Führungsmacht gesehen, die sich selbst durch Institutionen und Konsultationserfordernisse ein Stück weit hat einhegen lassen. Jetzt deutet vieles darauf hin, dass dies unter Trump nicht länger der Fall sein wird.

Es gibt jedoch noch einen weiteren Aspekt in dieser neuen transatlantischen Wertekluft. Die zweite Trump-Regierung hat allem den Kampf angesagt, was sie als »woke« ansieht. In ihrer Definition umfasst »wokeness« nahezu alle Maßnahmen, die Diversität, Gleichstellung und Integration (*diversity, equity and integration*) von Minderheiten oder vulnerablen Gruppen in der Gesellschaft sowie auch die Gleichstellung der Geschlechter unterstützen. In konservativen Kreisen ist auch die NATO zur Zielscheibe

dieses Kampfes gegen »wokeness« geworden. Sumantra Maitra schreibt in einem Bericht für den Center of Renewing America, dass die NATO eine »ideologische Vereinnahmung ihrer Bürokratie« durchlebe, »LGBTQI-Perspektiven in verbündeten und Partnerstreitkräften« integriert und sich von der Kriegsführung auf die Verfolgung von »Nebenkriegsschauplätzen wie die Initiative zur Verhütung und Bewältigung von konfliktbedingter sexueller Gewalt« verlagert habe. Maitra behauptet nicht nur, dass die NATO »woke« geworden sei, sondern stellt den Nutzen demokratischer Werte für das Bündnis insgesamt infrage. Aus seiner Perspektive hat die Aufnahme nicht-demokratischer Staaten in die NATO (Portugal vor 1974 und die Türkei) der Kernaufgabe des Bündnisses, nämlich für Verteidigung und Abschreckung zu sorgen, keineswegs geschadet (Maitra 2025).

Verteidigung und Abschreckung der NATO

Während Bidens Präsidentschaft (2021–2025) und sogar noch zu Beginn von Trumps zweiter Amtszeit dominierten Stimmen die NATO-Debatte in den USA, die sowohl für eine enge transatlantische Zusammenarbeit als auch eine glaubwürdige Abschreckung gegenüber Russland eintraten. Ausgangspunkt der meisten Analysen war Russland überragende militärische Bedrohung, die nach Beendigung des Ukrainekrieges noch größer werden würde. Der Fokus lag dabei auf dem Szenario eines russischen Angriffs auf die baltischen Staaten. Russland werde seine Truppen (vor allem die Bodenstreitkräfte) innerhalb von drei bis fünf Jahren nach dem Ende des Ukrainekrieges vollständig wiederherstellen können, davon gehen die meisten Expert_innen aus (Kramer und Agachi 2024; The Alphen Group 2025, S. 7; Monaghan et al. 2024, S. 2–3). Somit könnte Russland entweder noch einmal einen Großangriff auf die Ukraine starten oder sogar ein europäisches NATO-Land angreifen. Hinzu kommt, dass China, Iran und Nordkorea Russlands Krieg in der Ukraine auf die ein oder andere Weise unterstützt haben und voraussichtlich auch nach einem Ende des Krieges weiterhin an Moskaus Seite stehen werden.

Wie stark man gegenüber Russland auf einen Konfrontationskurs setzen sollte, dazu gibt es unterschiedliche Ansichten in den USA. Manche plädieren für eine militärische Worst-Case-Planung. Beispielsweise empfiehlt Sean Monaghan vom Center for Strategic and International Studies der NATO, von maximalen gegnerischen Absichten (*maximum intentions*) auszugehen (Monaghan 2022, S. 7) – wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Damals gingen die militärischen Planer des Bündnisses von den »maximalen Absichten und Fähigkeiten« Moskaus aus, da die sowjetischen Absichten nicht bekannt waren.

Andere sind etwas vorsichtiger und weisen auf die Risiken einer Eskalation hin. Ein Forschungsteam der RAND Corporation schlägt vor, dass die NATO ihre Verteidigungshaltung stärken solle, »ohne den Anschein zu erwecken,

einen Erstschlag gegen Russland zu ermöglichen «, und »außerdem zu signalisieren, dass die Vereinigten Staaten und die NATO-Verbündeten nicht den Plan verfolgen, direkt in den [Ukraine-]Konflikt einzugreifen« (Frederick et al. 2022, S. 8).

Die meisten der Think-Tanks, die sich auf die Verteidigungs- und Abschreckungspolitik der NATO konzentrieren, begrüßen den Übergang der NATO von einer einfachen »Vornepräsenz« an der Ostflanke zu einer substanzielleren »Vorneverteidigung«; diese Veränderung beinhaltet – laut einer Studie des Center for Strategic and Budgetary Assessments (CSBA) –, »ausreichend kampfbereite Truppen vor Ort und mit unmittelbarer Einsatzbereitschaft (*fight tonight*) zu haben« (van Tol et al. 2022, S. III). Mark Cancian, Sean Monaghan und andere nennen diese Herangehensweise »*repel, don't expel*« (in etwa: besser abwehren, als Russland später von NATO-Gebiet vertreiben zu müssen). Russland müsse schon allein die Möglichkeit verwehrt bleiben, das Territorium von einem oder gar allen baltischen Staaten einzunehmen. Für Cancian und Monaghan ist die Entscheidung für eine vorgeschobene Stationierung von Brigaden ein wichtiger Schritt für die NATO. Sie betonen aber, dass diese Art der Verlegung erklärt werden muss, vor allem die genaue Größe der Truppen, wo sie stationiert sein werden, welche Staaten sich beteiligen werden und wie die Brigaden unterstützt werden sollen (Cancian und Monaghan 2023, S. V–VIII).

Die Mobilisierung einer ausreichenden Zahl von Kampftruppen und die Übersetzung dieser Truppenzahlen in effektive Kampfkraft auf dem Gefechtsfeld wird ein zentrales Problem der NATO sein. Hierzu müssen erhebliche Fähigkeitslücken geschlossen und die Einsatzbereitschaft deutlich erhöht werden (Dowd et al. 2024, S. 2). In dieser Hinsicht werfen mehrere Forscher_innen des Center for Strategic and International Studies die Frage auf, ob die NATO überhaupt für einen langwierigen Krieg mit Russland vorbereitet wäre (Monaghan et al. 2024, S. 16).

Auch die Frage, wie die kürzliche Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO das militärische Gleichgewicht gegenüber Russland verändert, wird thematisiert. Nicholas Lokker, Jim Townsend und andere Forscher_innen des Center for a New American Security (CNAS) betonen, dass die Aufnahme der sehr leistungsfähigen Streitkräfte dieser beiden nördlichen Länder »die NATO in die Lage versetzen wird, ihre aktualisierten Pläne zur Vorneverteidigung der nordöstlichen Flanke besser zu erfüllen« (Lokker et al. 2023, S. 6). Zusätzlich sehen sie die Chance, dass das Bündnis eine umfassende Strategie für die regionale Sicherheit in Nordeuropa erarbeitet. Nordeuropa könne dabei als ein Operationsraum betrachtet werden, der sowohl die Ostsee als auch den Nordatlantik umfasst. Luke Coffey vom Hudson Institute argumentiert ähnlich. Er schlägt vor, in Finnland einen zusätzlichen NATO-Gefechtsverband aufzustellen und die maritime Präsenz des Bündnisses in der Ostsee zu verstärken (Coffey 2022, S. 1).

Cyber-, Weltraum- und neue Technologien sowie hybride Bedrohungen

Die Verteidigungsfragen haben sich schon länger über die traditionellen Dimensionen Land, Wasser und Luft hinaus auf zwei Bereiche ausgeweitet, die sich nicht geographisch definieren lassen – den Cyber- und den Weltraum. Außerdem macht das Tempo des technologischen Wandels und der Innovationen eine kontinuierliche Anpassung von Verteidigungskonzepten und -fähigkeiten erforderlich. Daher kommen auch die neuen Technologien sowie der Cyber- und Weltraum in vielen Think-Tank-Analysen zur Sprache. So betonen zum Beispiel Franklin Kramer und Anca Agachi, wie wichtig es für das Bündnis sei, »die Kernelemente der laufenden technologischen Revolution einzubeziehen, wie sie sich etwa in unbemannten Fahrzeugen, in der additiven Fertigung, in Satelliten mit niedriger Erdumlaufbahn und in der künstlichen Intelligenz zeigen«. Aus ihrer Sicht muss die NATO diese Entwicklungen »in ihrer gesamten Verteidigungsarchitektur berücksichtigen, von der Entwicklung von Fähigkeiten über die Beschaffung bis hin zum operativen Einsatz«. Sie sprechen sich etwa dafür aus, den Verteidigungsplanungsprozess der NATO zu nutzen, »um Fähigkeitsziele der Allianz im Weltraum und in der Weltraumabwehr zu definieren« (Kramer und Agachi 2024).

Da technologische Innovationen zunehmend aus dem privaten und nicht aus dem öffentlichen Sektor kommen, schlagen Kramer und Agachi vor, »neue Verteidiger jenseits des traditionellen staatszentrierten Militärmodells« zu beauftragen (Kramer und Agachi 2024). Diese Abhängigkeit von privaten Akteuren könnte allerdings die staatliche Kontrolle schwächen und zugleich neue Abhängigkeiten schaffen. Dieses Risiko erwähnen die Autoren jedoch nicht. So hat beispielsweise die Abhängigkeit der Ukraine von Elon Musks privatwirtschaftlichem Satellitennetzwerk Starlink eine weitere Schwachstelle verursacht – zusätzlich zu der unsicheren Aussicht auf weitere US-Militärhilfen.

Das relativ neue Konzept der Multi-Domain Operations (MDO), aktuell der Maßstab für die Transformation der US-Armee, betont ebenfalls die Relevanz von Technologie, Cyber- und Weltraum. Die Umsetzung der Multi-Domain Operations könne die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten der NATO zur Unterstützung ihrer regionalen Pläne stärken, so heißt es in einem weiteren Bericht eines Think-Tanks, der ebenfalls von Franklin Kramer mitverfasst wurde. Dieser Bericht schlägt den Aufbau »integrierter Cyber- und kinetischer Offensivfähigkeiten« durch die NATO und ihre Mitgliedsstaaten vor sowie die »gesicherte Bereitstellung von Weltraumfähigkeiten des Privatsektors in Kriegzeiten« (Kramer et al. 2024, S. 5).

Das Thema der hybriden Kriegsführung oder der hybriden Bedrohungen ist inzwischen interessanterweise stärker in den Hintergrund gerückt, verglichen mit dem Zeitraum von 2014 bis 2021. Kurz nach Russlands Annexion der Krim 2014, mit dem Auftauchen der »kleinen grünen Männchen«, be-

kam die hybride Kriegsführung viel Aufmerksamkeit und löste eine umfassende Debatte in der Think-Tank-Community der USA und anderer NATO-Staaten aus. Laut einer verbreiteten Definition bedeutet hybride Kriegsführung »das Nutzen von militärischen und nicht-militärischen Mitteln in einer umfassenden Kampagne, mit dem Ziel, zu überraschen, die Initiative zu ergreifen und psychologische wie auch physische Vorteile zu gewinnen« (Zitat aus *The Military Balance* [2015] in Wither 2016, S. 76).

Nach der Annexion der Krim beschlossen die NATO-Verbündeten, dass hybride Angriffe auf einen Mitgliedsstaat prinzipiell den Bündnisfall nach Artikel 5 auslösen könnte. Allerdings beklagt Eitvydas Bajarūnas, ein hochrangiger Vertreter des litauischen Außenministeriums und Gastwissenschaftler am Center for European Policy Analysis (CEPA) in Washington, dass das Bündnis weiterhin kein gemeinsames Verständnis davon besitzt, wann und wie hybride Angriffe den Artikel 5 konkret auslösen. Er fordert die NATO-Führung auf, dies zu klären, und nennt Beispiele, wie etwa schwere Cyberangriffe, die grundlegende Infrastrukturen (einschließlich Stromnetze oder Finanzsysteme) lahmzulegen imstande sind. Andere mögliche Beispiele für das Auslösen der kollektiven NATO-Verteidigung seien »koordinierte hybride Operationen« wie auch »vielfältige Formen von Angriffen« (Desinformation, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, Cyberangriffe) (Bajarūnas 2025).

In jüngerer Zeit erhielten auch die Überwachung und der Schutz kritischer maritimer Infrastrukturen (Pipelines, Flüssigerdgas-Terminals, Unterseekabel für Daten und Strom) größere Aufmerksamkeit. Eine Studie von Analyst_innen des Center for Strategic and International Studies schlägt vor, nicht nur die Seestreitkräfte durch klassische Kriegsschiffe zu stärken, sondern auch an den nationalen maritimen Strategien zu arbeiten (Herdt und Zublic 2022, S. 2–3). Auch die gesellschaftliche Resilienz und der Ansatz der »gesamtgemeinschaftlichen Verteidigung« sind weitere wichtige Aspekte im Umgang mit hybriden Bedrohungen. In diesem Zusammenhang werden die neuen NATO-Mitgliedsstaaten Finnland und Schweden als Vorbilder gesehen, von denen die anderen Verbündeten lernen sollten. Wie Frida Rintakumpu und Veera Parko für den German Marshall Fund schreiben, »fördern beide Länder die Beteiligung der Bürger an der Sicherheit durch Bildung, Kommunikation und Teilnahme an zivilen oder militärischen Aufgaben« (Rintakumpu und Parko 2024). Solche Aktionen bereiteten Gesellschaften darauf vor, besser mit dem gezielten Einsatz von Migrationsströmen als »Waffe« (*weaponized migration*) und mit Desinformationskampagnen umzugehen sowie noch schwerere Störungen und Notfälle schneller zu bewältigen (Rintakumpu und Parko 2024).

Auch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO ist für einige Expert_innen beim Umgang mit hybriden Bedrohungen entscheidend. Für Monaghan und seine Kolleg_innen ist die Gründung der »EU-NATO-Taskforce on Resilience of Critical Infrastructure« im März 2023 daher ein positives Beispiel (Monaghan et al. 2024, S. 14).

Atomare Abschreckung und Rüstungskontrolle

Die Rückkehr von Großmachtkonflikten und Russlands Angriffe auf die Ukraine 2014 und erneut 2022 führten zu einer Renaissance der nuklearen Abschreckung im internationalen Sicherheitsdiskurs sowie in der politischen Realität. Auch für die NATO hat die Bedeutung atomarer Waffen und atomarer Abschreckung deutlich zugenommen. Dieser Trend wurde noch dadurch verstärkt, dass Russlands Präsident Wladimir Putin wiederholt atomare Drohungen aussprach, um die NATO-Staaten von einer deutlicheren Unterstützung der Ukraine abzuhalten. Auch die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO hat wieder an politischer Relevanz gewonnen. Einige Bündnispartner, darunter Deutschland, haben letztlich beschlossen, ihre veralteten Kampffjets, die für einen nuklearen Einsatz vorgesehen waren, durch F-35-Jets der fünften Generation zu ersetzen. Unterdessen haben die USA eine neue Generation luftgestützter Atomwaffen, die B61-12, für die nukleare Teilhabe in der NATO entwickelt.

Bei der nuklearen Abschreckung sind die europäischen NATO-Mitglieder noch stärker von den USA abhängig als im konventionellen Bereich. Diese nukleare Abhängigkeit wurde in den europäischen Hauptstädten zwar durchaus thematisiert, allerdings spüren die Mitgliedsstaaten offenbar keinen unmittelbaren Handlungsdruck. Die »erweiterte nukleare Abschreckung« bedeutet, dass Washington bereit ist, seine Verbündeten auch mit Atomwaffen zu verteidigen. Sie ist in den Vereinigten Staaten politisch und institutionell weiterhin tief verwurzelt und genießt im amerikanischen Kongress überparteiliche Unterstützung. Selbst die erste Trump-Administration unternahm konkrete Schritte, um die Glaubwürdigkeit der erweiterten nuklearen Abschreckung zu stärken. Nicht einmal die radikaleren Sichtweisen zur Lastenverteilung in der NATO stellen aktuell die atomare Rolle der USA in Europa oder Asien grundsätzlich infrage.

Einige Beiträge von Think-Tanks erörtern, wie die Verteidigung und Abschreckung der NATO durch eine reformierte Nuklearwaffenpolitik gestärkt werden könnten. Die Alphen-Gruppe, ein Netzwerk führender Sicherheitsexpert_innen aus den USA (Stanley Sloan, John Allen, Ivo Daalder, Ben Hodges) und anderen verbündeten Staaten, hat sich mit dieser Frage befasst. Die Autor_innen empfehlen beispielsweise, dass sich die konventionellen und nuklearen Streitkräfte besser ergänzen und die Fähigkeiten im Bereich der weitreichenden konventionellen Abstandswaffen (sogenannte Deep-Strike-Fähigkeiten) innerhalb der NATO gestärkt werden sollten, um Russlands wachsendem und zunehmend diversifiziertem Arsenal an nicht-strategischen bzw. taktischen Nuklearwaffen (also Waffen mit geringerer Sprengkraft und geringerer Reichweite) etwas entgegenzusetzen (The Alphen Group 2025, S. 11). Einige plädieren auch dafür, dass die USA weitere Atomwaffen, etwa einen neuen seegestützten nuklearen Marschflugkörper, entwickeln und verlegen sollten, um die atomare Abschreckung zur Unterstützung der europäischen und asiatischen Verbündeten zu verbessern (Kochis et al. 2022, S. 5–6). Eine weitere Empfehlung betrifft den Zusammenhalt und die

Kooperation zwischen den drei Atommächten der NATO: die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich. Laut Nicholas Lokker und seinen Ko-Autor_innen vom Center for a New American Security sollten die Verbündeten Frankreich darin bestärken, die nuklearen Planungen besser mit den USA und Großbritannien abzustimmen, idealerweise durch den Eintritt Frankreichs in die Nukleare Planungsgruppe der Allianz (Lokker et al. 2023, S. 5).

Die Expert_innen debattierten zudem darüber, ob und wie die östlichen NATO-Verbündeten in die nukleare Teilhabe einbezogen werden sollten (Donnelly et al. 2024, S. 1). Einige befügten, dass Polen (und potenziell andere östliche Staaten der NATO) nuklearwaffenfähige Kampfflugzeuge (*dual-capable aircrafts* – DCA) erwerben und US-amerikanische Atomwaffen im Land stationiert (Peters 2023, S. 5). Dies galt lange als ein Tabu in der NATO, die sich 1997 gegenüber Russland verpflichtet hatte, keine Atomwaffen im Gebiet der damals neuen Mitgliedstaaten zu stationieren. Aber angesichts des Krieges in der Ukraine und der Ankündigung Russlands, taktische Nuklearwaffen in Belarus zu stationieren, schlug die polnische Regierung vor, ihr Land in die Vereinbarungen zur nuklearen Teilhabe einzubeziehen. Andere halten die Option, Atomwaffen in der Nähe Russlands zu stationieren, für zu provokativ und schlagen »sanftere« Optionen vor, wie die Überprüfung und Ausbildung polnischer F-35-Piloten für Nukleareinsätze. »Diese Piloten sind für eine bestehende DCA-Einheit der NATO abgeordnet und agieren als ein integraler Bestandteil dieser Einheit auch bei nuklearen Einsätzen« (Edelman und Miller 2024, S. 4–5).

Auch die Think-Tank-Debatte über die nukleare Abschreckung wurde von den radikalen Änderungen in den ersten beiden Monaten von Trumps zweiter Präsidentschaft überrollt. Da Atomwaffen für den Großmachtstatus einer Nation stehen, wird Trump wahrscheinlich ihre Bedeutung für die amerikanische Verteidigungspolitik betonen und weiterhin erhebliche Mittel in die Modernisierung dieser Waffen investieren. Da er die Beziehungen zu Russland offensichtlich normalisieren will, ist es jedoch noch unwahrscheinlicher geworden, dass Washington die Vereinbarungen zur nuklearen Teilhabe in der NATO ausweiten oder auf andere Weise stärken wird.

Aus ähnlichen Gründen ist es wenig wahrscheinlich, dass Frankreich an einer Annäherung an die nuklearen Strukturen der NATO interessiert sein wird. Im Gegenteil: Im März 2025 erneuerte der französische Präsident Emmanuel Macron sein früheres Angebot, über die Rolle der französischen *force de frappe* für die europäische Sicherheit außerhalb der NATO zu sprechen. Diesmal könnte sein Angebot in Berlin und in anderen europäischen NATO-Hauptstädten auf mehr Interesse stoßen.

Die Rüstungskontrolle spielt hingegen seit Russlands Großangriff auf die Ukraine 2022 in der Debatte der US-Expert_innen nur noch eine geringe Rolle. Der New-START-Vertrag (Neuer Vertrag zur Verringerung strategischer Waffen, New

Strategic Arms Reduction Treaty) ist zurzeit der letzte verbliebene große Abrüstungsvertrag zwischen den USA und Russland. Er ist 2011 in Kraft getreten und legt die zahlenmäßigen Grenzen für nuklearen Sprengköpfe und Langstrecken-Trägersysteme auf russischer und US-amerikanischer Seite fest. In ihm sind aber auch umfassende Notifikations- und Verifikationsregelungen festgeschrieben. Im Jahr 2023 setzte Russland seine Teilnahme an dem Vertrag aus. Wie Samuel Charap, John Drennan und Julia Masterson von der RAND Corporation in einem kürzlich erschienenen Bericht erläutern, »gab es [ab dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine] wenig oder keinen bilateralen Dialog zwischen Moskau und Washington über strategische Themen« (Charap et al. 2025, S. 1–2).

Trumps Interesse an verbesserten Beziehungen zu Russland bietet auf den ersten Blick neue Möglichkeiten für Rüstungskontrollinitiativen. Im positiven Szenario der RAND-Autor_innen könnten Russland und die USA weiterhin die zentralen Regelungen des New-START-Vertrags einhalten und gleichzeitig Verhandlungen über einen Folgevertrag aufnehmen. Der derzeitige Vertrag läuft im Februar 2026 aus. Eine weitere Möglichkeit wäre die Wiederbelebung einiger Aspekte des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty), beispielsweise durch ein Moratorium für die Stationierung von Nuklearwaffen mittlerer Reichweite in Europa. Schließlich könnten Russland und die USA laut RAND »Normen für das militärische und sicherheitspolitische Verhalten im Weltraum festlegen« (Charap et al. 2025).

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob wirklich Rüstungskontrollinitiativen gestartet werden würden, selbst wenn Washington sich Russland annähern sollte. In der Vergangenheit gab es viele Hürden für derartige Initiativen. Manche, etwa die Rücksichtnahme auf Abwägungen innerhalb der NATO, könnten für Trump aber in Zukunft weniger ins Gewicht fallen. Der Aufstieg Chinas im Nuklearbereich und die damit verbundene trilaterale Rüstungskontrollodynamik könnten sich jedoch immer noch als ein großes Hindernis erweisen. Mary Chesnut vom Center for Naval Analyses ist der Ansicht, dass die amerikanisch-russische Rüstungskontrolle weniger formalisiert ablaufen und »den Fokus stärker auf die Verringerung nuklearer Risiken legen könnte, denn auf strikte numerische Begrenzungen« (Chesnut 2023, S. 36–37).

Lastenteilung, Europäisierung und Reform der NATO

In der US-Debatte besteht ein breiter Konsens, dass Europa seine Verteidigungsanstrengungen verstärken muss. Allerdings gibt es unterschiedliche Einschätzungen, wie (stark) die europäischen Staaten ihre finanziellen und militärischen Beiträge erhöhen müssen und was dies für die Strukturen der NATO bedeutet.

Transatlantisch-orientierte Kommentator_innen sowohl vom liberalen als auch vom konservativen Lager heben die Fortschritte hervor, insbesondere die seit 2022 steigenden

Verteidigungshaushalte vieler europäischer Verbündeter und ihre erhebliche Unterstützungsleistungen für die Ukraine (Quinville et al. 2024; Rough 2024, S. 25). Andere sind der Meinung, dass diese Bemühungen bei weitem nicht ausreichen, um eine gerechtere Lastenverteilung über den Atlantik hinweg zu erreichen. Robert Greenway und Nile Gardiner sind zum Beispiel der Meinung, dass Europa gemessen am BIP genauso viel für die Verteidigung ausgeben sollte wie die USA (Greenway und Gardiner 2024). Dies entspräche etwa 3,5 Prozent oder mehr – eine Zahl, die bereits zur neuen Untergrenze in den NATO-Debatten geworden ist.

Diese ungeduldigen Stimmen sprechen sich auch dafür aus, deutlich mehr politischen Druck auf Europa auszuüben. Ein Vorschlag ist die Erstellung einer Roadmap zur Lastenverteilung mit klarem Zeitrahmen und Wegmarken – verbunden mit der Androhung von Strafen, falls die europäischen Staaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen (Peters 2024, S. 19). Die Sanktionen könnten sogar den Abzug der US-Truppen aus Europa beinhalten oder die US-Sicherheitsgarantien könnten davon abhängig gemacht werden, wie die europäischen Staaten ihre Verpflichtungen erfüllen (Logan 2023, S. 15). Der wohl unverblümteste Befürworter eines »energischen« Ansatzes ist Sumatra Maitra, dem nachgesagt wird, gedanklich sehr dicht an den Vorstellungen Donald Trumps zur NATO zu sein. Er unterscheidet zwischen Lastenteilung (*burden sharing*) und Lastenverlagerung (*burden shifting*). »Lastenteilung ist ein kollaborativer Prozess ... Lastenverlagerung ist das unilaterale Ausüben von Macht ausgehend von amerikanischen Interessen. Sie gibt einen schnellen und festen Zeitablauf vor und zwingt Europa dazu, Ressourcen und Alternativen zu planen« (Maitra 2023).

Eine weitere wichtige Frage lautet, wie die zu teilende Last definiert werden soll. Manche sehen diesen Aspekt der Debatte als eine Ablenkung, vor allem die Befürworter_innen von höheren Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Mitglieder. Für sie besteht die Attraktivität des Indikators »Militärausgaben im Verhältnis zum BIP« gerade in seiner Einfachheit. Andere wiederum kritisieren, dass diese einfache Kennzahl die Bedürfnisse und Beiträge der NATO nicht angemessen widerspiegelt. Eine aktuelle RAND-Studie schlägt vor, die Lastenteilung weiter zu fassen, um Beiträge im Verteidigungs- und im Nichtverteidigungsbereich einzubeziehen, etwa die Quantität und Qualität von Streitkräften, die Beiträge zu friedenssichernden Einsätzen und sogar die durch Sanktionen bedingten Exportverluste (Mallory et al. 2024, S. XI). Auch Kathleen McInnis und Daniel Fata empfehlen, die Metrik zur Lastenteilung zu erweitern und Aktivitäten einzubeziehen, die ebenfalls für die Sicherheit der NATO entscheidend sind, wie etwa die Bereitschaft und die Widerstandsfähigkeit in Friedenszeiten (McInnis und Fata 2023, S. 1).

Wie sich die jüngsten Entscheidungen Deutschlands und der Europäischen Union, die Verteidigungsausgaben signifikant zu erhöhen, auf die US-Debatte auswirken werden,

wird sich noch zeigen. Werden die Konservativen und die konservativen Populist_innen diese Entscheidungen als bahnbrechende Änderung wahrnehmen, die zeigen, wie Trumps Drohungen gegen die Ukraine und die NATO die Europäer_innen dazu gebracht haben, verteidigungspolitisch endlich mehr zu leisten? Werden Trump und seine Gefolgsleute jetzt die NATO als einen »besseren Deal« ansehen als zuvor?

In der Debatte über die Lastenteilung geht es zwar meist um die finanziellen Beiträge, sie hat jedoch auch eine strukturelle und institutionelle Dimension. Die Kernfrage lautet, wie die europäische Verteidigung gewährleistet werden soll:

- durch eine stärkere Rolle Europas in der NATO (Europäisierung der NATO),
- durch eine radikal umgestaltete NATO oder
- durch etwas völlig anderes jenseits der NATO.

Transatlantisch-orientierte Stimmen sprechen sich klar für eine Revitalisierung der NATO durch eine Verstärkung des europäischen Pfeilers aus. Für sie bleiben die USA die unverzichtbare Führungsmacht im Bündnis. In diesem Sinne schlägt die bereits zitierte Alphen Group konkrete Zeitpläne und Zahlen vor, um den Anteil der europäischen Verbündeten an der gemeinsamen Einsatzkapazität für die kollektive Verteidigung der NATO zu erhöhen (auf 67 Prozent bis 2035). Darüber hinaus schlagen sie die Schaffung einer »europäisch geführten Luft-, See- und Landstreitkraft in Divisionsstärke vor, die bis 2030 die Allied Response Force auf ein neues Fähigkeitsniveau hebt, um die Abschreckung durch Verweigerung [*deterrence by denial*] unter allen Bedingungen zu gewährleisten« (The Alphen Group 2025, S. 8).

Einer der Vorschläge für eine Europäisierung der NATO ist die Reform der Kommando- und Kontrollstruktur (Command-and-Control Structure, C2), damit die europäischen Verbündeten auch mehr Verantwortung von den Vereinigten Staaten übernehmen. Doch wie Luis Simon und andere in einem von der Marathon Initiative veröffentlichten Papier hervorheben, sollten »alle Bemühungen um eine Ausweitung des europäischen Einflusses in der C2-Architektur der NATO das übergeordnete Prinzip der amerikanischen Führung respektieren, das in der Position des Alliierten Oberkommandierenden in Europa [Supreme Allied Commander Europe, SACEUR] zum Ausdruck kommt« (Simon et al. 2023, S. 12–13). Aus ihrer Sicht würde ein europäischer SACEUR die Glaubwürdigkeit der US-Zusicherungen schwächen. Außerdem könnten sich die europäischen Verbündeten möglicherweise nicht auf einen Nachfolger aus ihren Reihen einigen. Laut Medienberichten hat die Trump-Regierung tatsächlich darüber nachgedacht, die Position des SACEUR nicht länger mit einem US-Amerikaner zu besetzen (Kube und Lubold 2025).

Der Entscheidungsfindungsprozess des Bündnisses ist ein weiterer wichtiger Aspekt der NATO-Reform. Er beruht auf

dem Konsensprinzip, wenn auch bei den meisten Themen nur informell. Einige Think-Tank-Analysen sehen Verbündete wie Ungarn oder die Slowakei als Hauptproblem, gerade wenn es um die Fähigkeit des Bündnisses geht, auf die Herausforderung durch Russland zu reagieren. Ihrer Meinung nach sollte das Bündnis Mehrheitsentscheidungen einführen, insbesondere für kritische Situationen nach Artikel 5. Eric Edelman, David Manning und Franklin Miller betonen, dass solch eine Reform es »für einen einzelnen Mitgliedsstaat unmöglich machen würde, im Interesse Russlands zu handeln, indem er auf das Konsensprinzip besteht und so die Fähigkeit des Bündnisses lähmt, einen Verbündeten gegen Aggressionen Russlands zu verteidigen« (Edelman et al. 2024). Wie Ira Straus aufzeigt, hat die NATO in der Vergangenheit schon Entscheidungen ohne Konsens gefällt, beispielsweise indem sie ein »Umlaufverfahren« (*silent procedure*) oder eine »Konsens minus eins«-Regel genutzt hat (Straus 2023). Aus ihrer Sicht wäre es wichtig, diese Flexibilität in der Entscheidungsfindung der NATO wiederzubeleben. Diese Reformvorschläge gehen jedoch nicht auf eine Situation ein, in der die größte politische und militärische Macht im Bündnis, die Vereinigten Staaten selbst, zum Hauptunruhestifter wird.

Nach Trumps Rückkehr ins Weiße Haus steht die NATO sehr wahrscheinlich vor einer noch radikaleren Umstrukturierung oder sogar vor einer existenziellen Krise. Max Bergmann vom Center for Strategic and International Studies antizipierte bereits vor den Wahlen 2024 eine mögliche Rückkehr Trumps. Seiner Meinung nach sei dann der aktuelle Zuschnitt der NATO, bei dem die »NATO um die europäischen Streitkräfte herum organisiert ist, die im Wesentlichen einem US-geführten Kampagnenplan folgen«, nicht länger aufrechtzuerhalten. Stattdessen schlägt Bergmann vor, notwendige Reformschritte zu unternehmen, um das Bündnis von einer US-geführten in eine europäisch-geführte Organisation zu verwandeln. Europa müsse nicht nur eine eigenständige Säule innerhalb der NATO bilden, sondern auch eine Vertragsreform durchführen, »um die Europäische Union in die Lage zu versetzen, eine stärkere Verteidigungsrolle zu übernehmen«. Mit der zweiten Trump-Regierung »hätte Europa kaum eine andere Wahl, als eine ‚strategische Autonomie‘ in die Tat umzusetzen« (Bergmann 2024, S. 10).

Nur eine Minderheit in der US-Debatte unterstützt oder fordert gar eine solche »strategische Autonomie Europas«. Falls die NATO-skeptischsten Positionen die offizielle Politik der zweiten Trump-Administration tatsächlich prägen sollten, dann wüchse die unmittelbare Notwendigkeit einer wirklich autonomen europäischen Verteidigungspolitik. Maitra schreibt zum Beispiel, die Vereinigten Staaten hätten in der europäischen Sicherheit nur die Rolle einer externen Gleichgewichtsmacht (*offshore balancer*), die »als Logistikanbieter der letzten Instanz und [...] als letzter Garant für freie Seewege und Handelsrouten« agiere. Längerfristig könnten Minibündnisse zwischen verschiedenen regionalen Mächten die NATO nach Auffassung von Maitra sogar gänzlich obsolet machen (Maitra 2023).

Der Krieg in der Ukraine

Die US-Debatte über den Krieg in der Ukraine hat sich seit Februar 2022 deutlich verändert. Zunächst wurde die Politik Präsident Bidens, der Ukraine diplomatisch, finanziell und mit Waffenlieferungen zu helfen, parteiübergreifend unterstützt. Zwischen Januar 2022 und Dezember 2024 stellte Washington knapp die Hälfte der Militärhilfe für die Ukraine (64 Milliarden Euro von insgesamt 130 Milliarden Euro). Der Anteil an der gesamten Hilfe, einschließlich finanzieller und humanitärer Unterstützung, war geringer, aber immer noch beträchtlich: 114 Milliarden Euro von insgesamt 267 Milliarden Euro (Kiel Institut für Weltwirtschaft). Diese Zahlen basieren auf den tatsächlich gezahlten Summen bzw. gelieferten Militärgütern, nicht auf den bloßen Zusagen.

Anfangs war nur eine kleine Gruppe des rechten Flügels der Republikaner im US-Repräsentantenhaus gegen diese Hilfen. Mit der Zeit wuchs der Widerstand aber. Nachdem Trump seine Kontrolle über die Republikanische Partei verstärkt hatte und vor allem nach seinem Wahlsieg im November 2024, wendete sich der Diskurs rasch und sprach sich gegen eine weitere Unterstützung der Ukraine aus. Stattdessen dreht er sich nun darum, wie der Krieg so schnell wie möglich beendet werden kann – sogar wenn dies bedeuten würde, Russlands Bedingungen weitgehend zu akzeptieren. Mit dem Beginn von Trumps zweiter Amtszeit ist die Perspektive einer NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine faktisch vom Tisch.

Dieser Politikwechsel im Hinblick auf die Ukraine spiegelt sich auch im Diskurs der US-Think-Tanks wider. Zwischen 2022 und 2024 sprach sich die Mehrheit der Analyst_innen dafür aus, dass die USA und ihre Verbündeten die Ukraine unterstützen. Der Krieg in Europa und Russlands Niederlage in der Ukraine betrafen die sicherheitspolitischen Kerninteressen der USA. Das galt für konservative wie auch für stärker dem liberalen Lager zuzurechnenden Kommentator_innen und Institutionen. Zum Beispiel führte Luke Coffey vom Hudson Institute an, dass eine »Niederlage der Ukraine nach dem katastrophalen Rückzug der USA aus Afghanistan, Russland, China, Iran, Nordkorea und Venezuela dazu ermutigen wird, den US-amerikanischen Einfluss auf der ganzen Welt infrage zu stellen« (Coffey 2024). Er sprach sich dafür aus, die Beschränkungen für Waffentransfers in die Ukraine (und wie die Ukraine diese Waffen einsetzen kann) aufzuheben. Die große Mehrheit der Kommentator_innen hat für Maximalpositionen geworben und betont, dass die Ukraine den Krieg gewinnen müsse, was auch die Wiedererlangung der vollen Kontrolle über ihr Territorium in den Grenzen von 1991 einschließen würde (Brzezinski 2024).

Nachdem klar geworden war, dass Trump als Präsident einen anderen Kurs einschlagen würde als sein Vorgänger Biden, versuchten einige Analyst_innen die US-Interessen in der Ukraine stärker im Einklang mit Trumps transaktionaler Denkweise zu formulieren. Elaine McCusker, Frederick W.

Kagan und Richard Sims vom American Enterprise Institute betonen, dass die weitergehende Unterstützung der Ukraine ein »besserer Deal« für die USA wäre, als wenn Russland die Ukraine besiege. »Im Moment«, so schreiben sie, »verhindern die Vereinigten Staaten durch ihre Hilfe für Kyjiw, dass Russland Ost- und Mitteleuropa direkt bedroht – was zweifellos mehr amerikanische Ressourcen verschlingen würde«. Die Autor_innen rechnen vor, dass es die Vereinigten Staaten über einen Zeitraum von fünf Jahren zusätzliche 800 Milliarden US-Dollar an Verteidigungsausgaben kosten würde, um »die Sicherheit in einem strategischen Umfeld aufrechtzuerhalten, in dem Russland über die Ukraine siegt« – ein Vielfaches dessen, was die USA bisher für die Militärhilfe für das Land ausgegeben haben (McCusker et al. 2025, S. 1).

In den Think-Tanks wurde außerdem über Optionen und Modalitäten diskutiert, die der Ukraine glaubwürdige Sicherheitsgarantien bieten könnten – insbesondere eine künftige Mitgliedschaft in der NATO. Die meisten Analyst_innen stimmen darin überein, dass eine Mitgliedschaft nur nach dem Ende des Krieges möglich sei. Über die Frage, wie genau die NATO die »klare Perspektive einer Mitgliedschaft« anbieten kann, wurde allerdings viel diskutiert.

Ein Vorschlag lautete, der Ukraine entweder einen Membership Action Plan, d. h. das formale Verfahren der NATO zur Vorbereitung eines Landes auf den Beitritt, oder sogar ein Schnellverfahren anzubieten, das den Membership Action Plan umgehen würde (Binnendijk und Kramer 2023). Steven Pifer, ein ehemaliger Karrierediplomat und jetzt Wissenschaftler bei Brookings, ist eine einflussreiche Stimme bei diesem Thema. Er schlug vor, Beitrittsgespräche mit der Ukraine zu beginnen, um auf eine formale Einladung hinzuwirken (Pifer 2023, S. 1). Einige, wie Peter Rough von Hudson, haben dafür plädiert, dass die NATO mit der Aufnahme der Ukraine als Mitglied nicht warten sollte, bis ein umfassendes Friedensabkommen mit Russland in Kraft ist. »Der Sicherheitsschirm der NATO könnte immer noch für die Bereiche unter der Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte angewendet werden, wenn die größten Kampfhandlungen einmal eingestellt sind« (Rough 2024, S. 26).

In republikanischen Kreisen wurde der frühere Präsident Biden dafür kritisiert, dass es ihm nie gelungen sei zu definieren, wie die diplomatischen Bemühungen der USA zur Beendigung des Ukrainekrieges beitragen können. Das gleiche Manko gilt allerdings auch für die meisten Beiträge von Think-Tanks, deren Fokus eher darauf lag, wie die Ukraine Russland besiegen könnte, als auf konkreten diplomatischen Schritten zur Beendigung des Konflikts. Viele Analyst_innen nahmen an, dass die militärische Unterstützung der Ukraine letztendlich eine wesentliche Voraussetzung für einen nachhaltigen und gerechten Frieden ist. Nur wenige haben viel Zeit darauf verwendet, Details und einen konkreten Weg dorthin zu erörtern oder die möglichen Kompromisse und Dilemmata zu beschreiben, die damit verbunden wären.

Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet ein Artikel von Richard Haass und Charles Kupchan, der im April 2023 in der Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlicht wurde (Haass und Kupchan 2023). Damals war Haass der Präsident des Council on Foreign Relations und Kupchan Professor für Internationale Angelegenheiten an der Georgetown University (das ist er immer noch). Sie führten an, dass das »as long as it takes« der Biden-Regierung im Hinblick auf die Waffenlieferungen nicht funktionieren würde und dass Kyjiw nicht in der Lage sein werde, sein gesamtes Staatsgebiet zurückzuerobern. Die beiden Autoren schlugen daher vor, die diplomatische Bemühungen darauf zu konzentrieren, einen Waffenstillstand zu erreichen, eine entmilitarisierte Zone zu schaffen und die UN oder die OSZE für die Überwachung eines solchen Waffenstillstands zu gewinnen. Sollte Russland den Waffenstillstand brechen, würden die USA und ihre Verbündeten die Waffenlieferungen an die Ukraine wieder verstärken. Haass und Kupchan schlugen auch einen diplomatischen Prozess ähnlich dem Zwei-plus-vier-Format vor, das den Weg für die deutsche Wiedervereinigung geebnet hatte. Bei diesem Modell würden die Ukraine und Russland direkt über eine dauerhafte Beendigung des Krieges verhandeln, während die USA und die NATO mit Russland über allgemeinere europäische Sicherheitsfragen wie die Rüstungskontrolle sprechen würden. Anstelle einer NATO-Mitgliedschaft würde der Ukraine eine dauerhafte militärische und finanzielle Unterstützung angeboten werden, um sie in die Lage zu versetzen, sich selbst zu verteidigen. Zugleich würde die Europäische Union der Ukraine eine klare Beitrittsperspektive geben.

Trump hat – erst als Präsidentschaftskandidat und dann als Präsident – versprochen, den Krieg in der Ukraine schnell zu beenden. Daher haben Kommentator_innen, die der neuen Regierung nahestehen, dafür konkrete Vorschläge gemacht. Ein Papier von Keith Kellogg und Fred Fleitz, das im April 2024 vom America First Policy Institute veröffentlicht wurde, erregte große Aufmerksamkeit. Keith Kellogg wurde später von Trump zum Sondergesandten für Russland und die Ukraine ernannt (im März 2025 wurde ihm jedoch sein Russlandmandat entzogen), und Fred Fleitz war ein hochrangiger Beamter in der ersten Trump-Administration.

Was seine »Strategie« zur Beendigung des Krieges in der Ukraine angeht, bleibt Trump ziemlich nebulös. Daher war für viele Kommentator_innen und Regierungsbeamt_innen aus den USA und dem Ausland der Kellogg/Fleitz-Bericht ein Anhaltspunkt, was von der zweiten Trump-Regierung zu erwarten wäre. Kellogg und Fleitz skizzieren eine Strategie, die einige der zentralen Punkte von Haas und Kupchan aus dem Jahr 2023 aufgreift. Allerdings fordern sie außerdem – als zusätzliche Anreize für Moskau – die Aufhebung von Sanktionen gegen Russland sowie eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Russland.

Kürzlich veröffentlichte ein Team von Analyst_innen des Quincy Institute einen weiteren Bericht, der ebenfalls ein

»diplomatic endgame« für den Ukrainekrieg beschreibt. Die Autor_innen schlagen vor, die möglichen Themen über die Ukraine hinaus zu erweitern, um einen Durchbruch zu erlangen. So könnten die USA und die NATO ihre militärische Aufstellung in Europa als Verhandlungsmasse nutzen. Die Vereinigten Staaten könnten »ihre Streitkräftedisposition in Europa je nach Russlands Kompromissbereitschaft in der Ukraine ausweiten oder einschränken«, Moskau die Rückkehr in westliche diplomatische Foren in Aussicht stellen oder »die China-Karte spielen«. Letzteres hieße, Peking eine »bedeutende Rolle im Wiederaufbau nach dem Krieg« anzubieten, ein Schachzug, der eine »wirkungsvolle Abschreckung für Putin wäre, die Bedingungen einer Vereinbarung zu verletzen« (Beebe et al. 2025, S. 2). Die Ukraine würde im Gegenzug eine »permanente Neutralität« außerhalb der NATO akzeptieren müssen.

Ob Trump eine der in den Berichten der Think-Tanks vorgebrachten Ideen umsetzen oder überhaupt eine kohärente Strategie verfolgen wird, ist jedoch unklar. Offensichtlich bevorzugt er direkte Verhandlungen mit Russland über die Köpfe der Ukraine und anderer europäischer Staaten hinweg. Dabei ist es keineswegs klar, ob Trump dem klassischen Skript von Verhandlungen zwischen Großmächten folgt. Sollte es Trump gelingen, ein Ende des Krieges auszuhandeln, wird die Ukraine belastbare Zusicherungen für ihre Sicherheit benötigen. Da die neue US-Regierung nicht bereit ist, diese Zusicherungen zu geben, wird diese Aufgabe höchstwahrscheinlich dem europäischen Teil der NATO zufallen.

Das Engagement der NATO im Süden

Das Bündnis hat lange versucht, den »Süden« einzubinden, der geographisch weit gefasst wurde und den Bereich von Westafrika über den Mittleren Osten bis nach Zentralasien umfasst. So hat die NATO 1994 den Mittelmeerdialog und zehn Jahre später die Istanbuler Kooperationsinitiative (an der mehrere Golfstaaten beteiligt sind) ins Leben gerufen. Die Hinwendung nach Osteuropa in der Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine bedeutet jedoch nicht, dass das Bündnis sein Interesse am Süden aufgegeben hat. Ganz im Gegenteil: Auf dem NATO-Gipfel in Vilnius im Juli 2023 wurde ein einjähriger Reflexionsprozess über »bestehende und neu entstehende Bedrohungen, Herausforderungen und Chancen« in der südlichen Nachbarschaft der NATO eingeleitet. Der NATO-Generalsekretär beauftragte eine Gruppe von Expert_innen damit, diesen Reflexionsprozess zu leiten und konkrete Empfehlungen zu erarbeiten. Ein Ergebnis dieses Reflexionsprozesses war der Aktionsplan für die südliche Nachbarschaft der NATO, der auf dem Gipfel in Washington im Juli 2024 angenommen wurde. Darüber hinaus ernannte der NATO-Generalsekretär zum ersten Mal einen Sonderbeauftragten für die südliche Nachbarschaft (NATO 2024).

US-amerikanische Think-Tanks haben ebenfalls über das Engagement der NATO im Süden debattiert und auch euro-

päische Analyst_innen eingeladen, Berichte zu diesem Thema zu verfassen. Das Engagement der NATO im Süden stieß in den Vereinigten Staaten allerdings auf kein so großes Interesse wie der Krieg in der Ukraine und die Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie des Bündnisses im Osten. Die Diskussionen drehten sich vor allem um die Art des Engagements, das das Bündnis anstreben sollte. Dabei lässt sich zwischen bedrohungs- und entwicklungsorientierten Herangehensweisen unterscheiden (was die breitere Debatte über den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Entwicklung widerspiegelt).

Bedrohungsorientierte Analyst_innen konzentrieren sich in der Regel auf spezifische sicherheitspolitische Herausforderungen, mit denen sich die NATO befassen muss, wie zum Beispiel die russische und chinesische Präsenz in Afrika, der Terrorismus, die Verbreitung von Waffen, die irreguläre Migration und die Piraterie. Diese Analyst_innen, darunter Jason Davidson, Pierre Morcos und Luis Simón, sprechen eher von der »Südflanke« der NATO als von der »südlichen Nachbarschaft« (Davidson 2024). Es sei Aufgabe der NATO, eine »360-Grad-Abschreckung« anzustreben, die den Osten, den Norden und den Süden abdeckt, auch wenn die Herausforderungen der Abschreckung von Region zu Region unterschiedlich seien. »Während die Verbündeten ihre Vorverteidigung entlang der Ostflanke der NATO verstärken, auch indem sie zusätzliche Streitkräfte und Fähigkeiten stationieren, erfordert die Sicherung der Südflanke einen anderen Ansatz, der auf eine rotierende maritime Präsenz sowohl im Mittelmeer als auch im Schwarzen Meer beruht.« (Morcos und Simón 2022, S. 4)

Die Vertreter_innen einer entwicklungsorientierten Sichtweise fordern die NATO auf, sich statt auf die operativen Erfordernisse oder das militärische Krisenmanagement auf die strategisch-politische Ebene zu konzentrieren (Gerspacher 2024, S. 146). Die wichtigste Aufgabe sei, langfristige und inklusive Partnerschaften aufzubauen, die die Interessen und Perspektiven jedes Partners ernst nehmen (Karp und Maass 2024, S. 7). Ein ganzheitlicherer Ansatz würde darauf abzielen, in den Staaten Afrikas und des Nahen Ostens die Leistungsfähigkeit der Staaten zu fördern und zivilgesellschaftliche Institutionen aufzubauen, um Stabilität zu schaffen. Da die NATO vor allem ein militärisches Bündnis bleibe, mache dieser Ansatz eine engere Kooperation mit anderen Institutionen wie der EU und den Vereinten Nationen erforderlich (Droin et al. 2024). In ihrem Bericht des Center for Strategic and International Studies begrüßen Mathieu Droin und seine Mitautoren die jüngsten Bemühungen der NATO, »zu einem bedarfsorientierten, kooperativen Ansatz überzugehen, der »lokale Kontexte« berücksichtigt« (Droin et al. 2024).

Die neue Trump-Administration wird wohl kein Interesse an einem ganzheitlichen Ansatz in der südlichen Nachbarschaft der NATO haben. Dieser Ansatz klingt für die meisten Amerikaner_innen ohnehin sehr nach »Nation Building«, was nach den Erfahrungen im Irak und in Afghanistan in beiden politischen Lagern weitgehend diskreditiert ist. Die

USA bewegen sich derzeit genau in die entgegengesetzte Richtung: Das zeigen Trumps Entscheidung, die US-Agentur für internationale Entwicklung (US Agency for International Development) aufzulösen, und seine tiefe Abneigung gegen multilaterale Organisationen und internationale Bürokratien. Wenn Trump sich überhaupt für den Süden der NATO interessiert, dann höchstwahrscheinlich nur unter dem Gesichtspunkt der Terrorismusbekämpfung sowie der Sicherung wichtiger Mineralien und anderer Ressourcen. Höchstwahrscheinlich wird Washington seine eng gefassten Interessen aber selbst dann nicht über die NATO verfolgen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Dringlichkeit der Bedrohungen

Im Gegensatz zu allen anderen NATO-Staaten haben die USA ihre Sicherheitsinteressen global definiert und unterhalten daher weltweit Bündnisse oder Partnerschaften. Seit etwa 2015 verschiebt sich der Fokus auf die Großmachtrivalitäten, und zwar mit folgenden Prioritäten: China, Russland, Atomwaffen, Iran und Nordkorea. Von 2022 bis 2024 nahmen auch aus US-amerikanischer Sicht die Spannungen in den Beziehungen zu China und Russland stark zu und haben nun ein hohes bis mittleres Kriegsrisiko. Das Thema Atomwaffen ist aus US-Perspektive noch stärker ins Zentrum gerückt, da Russland atomare Drohungen gegen die NATO ausgesprochen und China damit begonnen hat, sein Atomwaffenarsenal deutlich zu vergrößern. Sicherheitsbedenken, die traditionell mit dem »Süden« oder dem »Krisenbogen« in Verbindung gebracht werden – wie Staatszerfall, grenzüberschreitende Kriminalität, Terrorismus – sind dafür weiter in den Hintergrund getreten. Für die neue Trump-Regierung beschränken sich die Sicherheitsbedrohungen aus dem »Süden« auf die Südgrenze der USA und auf das Thema Migration, also auf Politikbereiche, in denen die NATO keine Rolle spielt. Trump hat auch einen Politikwechsel gegenüber Russland eingeleitet. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieser Wechsel auf die gesamte nationale Sicherheitsdebatte in den Vereinigten Staaten auswirken wird.

Die Reaktionen der Think-Tanks

Trump's radikaler außen- und sicherheitspolitischer Kurswechsel hat zu einer wachsenden Kluft zwischen der offiziellen Politik und den öffentlichen Debatten geführt, wie sie sich auch in den Veröffentlichungen von Think-Tanks widerspiegeln. Die Wertebasis der NATO als einem Bündnis liberaler Demokratien wurde von den meisten Analyst_innen lange Zeit als selbstverständlich betrachtet, wird jetzt aber vom wichtigsten Mitglied des Bündnisses infrage gestellt. Von 2022 bis 2024 dominierten die abschreckungsorientierten Ansätze den nationalen Diskurs im Hinblick auf Russland (und China). Die zweite Trump-Administration definiert die Beziehungen zu Russland nun aber neu. Dass die europäischen Verbündeten einen größeren Teil der Verteidigungslast auf dem europäischen Kontinent tragen müssen,

darüber waren sich die US-Analyst_innen bereits vor dem Wiedereinzug Trumps ins Weiße Haus einig. Unter Trump sind diese Forderungen radikaler und der politische Ansatz gegenüber den europäischen Verbündeten deutlich konfrontativer (von *burden sharing* zu *burden shifting*) geworden. Eine Frage ist noch offen: Ob die USA unter Trump auch ihre hegemonialen Ambitionen in der NATO aufgeben und die Europäer dazu zwingen werden, entweder ein wirklich europäisch-geführtes Bündnis zu bilden oder längerfristig Verteidigungsstrukturen außerhalb der NATO aufzubauen. In Bezug auf die Ukraine hat sich der US-Diskurs von der Unterstützung (auch wenn die USA nie »all in« waren) zum »schnellen Rückzug« hin verschoben. Nachdem Obama 2011 den »Pivot to Asia« ausgerufen hat, sind beide politischen Lager davon ausgegangen, dass China die wichtigste Herausforderung und der größte Konkurrent für die USA ist. Daher hat Washington Druck auf seine NATO-Verbündeten ausgeübt, die Herausforderung durch China noch ernster zu nehmen und eine konfrontativere Sprache und Politik gegenüber der Volksrepublik zu vertreten.

Die meisten US-Analyst_innen gehen nicht davon aus, dass die NATO eine militärisch-operative Rolle im indopazifischen Raum spielen wird. Vielmehr sollen die USA im europäischen Raum entlastet werden, damit Washington seine konventionellen militärischen Ressourcen auf Asien konzentrieren kann.

Literatur

- Bajarūnas, Eitvydas (2025): Using NATO's Article 5 Against Hybrid Attacks. Center for European Policy Analysis. Washington, D.C. (Insights & Analysis). <https://cepa.org/article/using-natos-article-5-against-hybrid-attacks/>. Letzter Zugriff am 11.02.2025.
- Beebe, George; Episkopos, Mark; Lieven, Anatol (2025): Peace Through Strength in Ukraine. Sources of U.S. Leverage in Negotiations. Quincy Institute for Responsible Statecraft (Quincy Brief, 71). <https://quincyinst.s3.amazonaws.com/wp-content/uploads/2025/02/18171743/QUINCY-BRIEF-NO.-71-FEBRUARY-2025-BEEBE-LIEVEN-EPISKOPOS.pdf>.
- Bergmann, Max (2024): How European Transatlanticists Might Approach an Isolationist U.S. Administration. Center for Strategic and International Studies (CSIS). https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2024-02/240201_Bergmann_European_Transatlanticists.pdf?VersionId=q0TAI57aPlnADfipVLQ5DyQ3n5erczWu.
- Bergmann, Max (2025): The Transatlantic Alliance in the Age of Trump. The Coming Collisions. Center for Strategic and International Studies (CSIS). Washington, D.C. https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2025-02/250214_Bergmann_Transatlantic_Alliance.pdf?VersionId=N4SFWM3yi.tWs4E2s36jBd2Q0EJahQqo.
- Binnendijk, Hans; Kramer, Franklin D. (2023): Providing Long-Term Security for Ukraine. NATO Membership and Other Security Options. Atlantic Council. Washington, D.C. (Issue Brief). www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/issue-brief/providing-long-term-security-for-ukraine-nato-membership-and-other-security-options/.
- Binnendijk, Hans; Hamilton, Daniel S. (2023): Implementing NATO's Strategic Concept on China. Atlantic Council. Washington, D.C. www.atlanticcouncil.org/wp-content/uploads/2023/04/REPORT_NATO_ON_CHINA_4.pdf.
- Brzezinski, Ian (2024): NATO at 75. The Alliance's Future Lies in Ukraine's Victory against Russia. Atlantic Council. Washington, D.C. (New Atlanticist Blog). www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/nato-at-75-the-alliances-future-lies-in-ukraines-victory-against-russia/. Letzter Zugriff am 03.04.2024.
- Cancian, Mark F.; Monaghan, Sean (2023): »Repel, Don't Expel«. Strengthening NATO's Defense and Deterrence in the Baltic States. Center for Strategic and International Studies (CSIS). Washington, D.C. https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-07/230706_Cancian_Repel_Expel.pdf?VersionId=bWauCAFUTQqbbLYuTS9n_ofyVgIQRiy.
- Chapter Three: Europe (2024). In: *The Military Balance* 124 (1), S. 54–157.
- Charap, Samuel; Drennan, John J.; Masterson, Julia (2025): Scenarios for the Future of U.S.-Russia Strategic Stability and Arms Control. Results from a Track II Dialogue. RAND Corporation. Washington, D.C. (Conference Proceedings). www.rand.org/content/dam/rand/pubs/conf/proceedings/CFA1800/CFA1896-1/RAND_CFA1896-1.pdf.
- Chesnut, Mary (2023): US/NATO-Russian Strategic Stability and the War in Ukraine. Center for Naval Analyses (CNA). Arlington, VA. www.cna.org/reports/2023/06/US-NATO-Russian-Strategic-Stability-in-Ukraine.pdf.
- Coffey, Luke (2022): NATO Needs a New Strategy for the Baltic Sea. Hudson Institute. Washington, D.C. (Policy Memo). <https://s3.amazonaws.com/media.hudson.org/NATO+Needs+a+New+Strategy+for+the+Baltic+Sea.pdf>.
- Coffey, Luke (2024): The North Atlantic Treaty Organization at 75. Reflecting on Past Successes and Planning for the Future – Testimony before Congress. Hudson Institute. Washington, D.C. www.hudson.org/security-alliances/reflecting-past-successes-planning-future-luke-coffey.
- Council on Foreign Relations (2024): Does NATO Have a Role in Asia? New York (Expert Brief). www.cfr.org/expert-brief/does-nato-have-role-asia.
- Davidson, Jason (2024): NATO Should be Ambitious with its New Southern Flank Strategy. Atlantic Council. Washington, D.C. (New Atlanticist Blog). www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/nato-should-be-ambitious-with-its-new-southern-flank-strategy/. Letzter Zugriff am 01.02.2024.
- Donnelly, Giselle; Joja, Julia; Rohac, Dalibor (2024): NATO Beyond 75: The Task That Remains Before Us. American Enterprise Institute. Washington, D.C. www.aei.org/wp-content/uploads/2024/07/NATO-Beyond-75.pdf?x85095.
- Dowd, Anna M.; Pezard, Stephanie; Flanagan, Stephen J.; Lataillade, Clara de (2024): Sustaining the Transatlantic Alliance. 75 Years of RAND Insights on NATO. RAND Corporation. Santa Monica, Washington, D.C. www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR3200/RR3235-1/RAND_RRA3235-1.pdf. Letzter Zugriff am 27.03.2025.
- Droin, Mathieu; Encina, Carlota G.; Hudson, Cameron; Uysal, Selin (2024): NATO and Its South. Redefining the Terms. Center for Strategic and International Studies (CSIS). Washington, D.C. (Critical Questions). www.csis.org/analysis/nato-and-its-south-redefining-terms.
- Eaglen, Mackenzie (2022): \$ 846 Billion. The Budget the U.S. Military Really Needs. American Enterprise Institute. Washington, D.C. www.aei.org/op-eds/846-billion-the-budget-the-u-s-military-really-needs/. Letzter Zugriff am 07.03.2025.
- Edelman, Eric; Miller, Franklin C. (2024): An Ongoing and Necessary Renaissance. NATO's Nuclear Posture. Center for Strategic and Budgetary Assessments. Washington, D.C. (Research Brief). https://csbaonline.org/uploads/documents/NATO_Nuclear_Posture_Brief_FINAL.pdf.
- Edelman, Eric S.; Manning, David; Miller, Franklin C. (2024): NATO's Decision Process Has an Achilles' Heel. Atlantic Council. Washington, D.C. (New Atlanticist Blog). www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/natos-decision-process-has-an-achilles-heel/. Letzter Zugriff am 12.03.2024.
- Ellis, J. C. (2024): Allied Burden Sharing: The United States Shoulders an Unsustainable Weight. A Marathon Initiative Infographics Series. Marathon Initiative. https://themarathoninitiative.org/wp-content/uploads/2024/10/JCE-TMI_USA-Allied-Burden-Sharing_V4.pdf.
- Frederick, Bryan; Charap, Samuel; Boston, Scott; Flanagan, Stephen J.; Mazarr, Michael J.; Moroney, Jennifer D.; Mueller, Karl P. (2022): Pathways to Russian Escalation Against NATO from the Ukraine War. RAND Corporation. Washington, D.C. www.rand.org/content/dam/rand/pubs/perspectives/PEA1900/PEA1971-1/RAND_PEA1971-1.pdf.
- Gerspacher, Nadia (2024): NATO Partnerships with Sub-Saharan Africa Partners. In: Regina Karp und Richard W. Maass (Hg.): Alliances and Partnerships in a Complex and Challenging Security Environment. Norfolk, Virginia, S. 145–154.
- Greenway, Robert; Gardiner, Nile (2024): A New Axis of Evil Has Formed. America Needs NATO More Than Ever. Heritage Foundation. Washington, D.C. (Commentary). www.heritage.org/europe/commentary/new-axis-evil-has-formed-america-needs-nato-more-ever. Letzter Zugriff am 07.02.2024.
- Haass, Richard; Kupchan, Charles (2023): The West Needs a New Strategy in Ukraine. A Plan for Getting From the Battlefield to the Negotiating Table. In: *Foreign Affairs* (online), 13.04.2023. www.foreignaffairs.com/ukraine/russia-richard-haass-west-battlefield-negotiations. Letzter Zugriff am 07.03.2025.
- Herd, Courtney; Zubic, Matthew (2022): Baltic Conflict. Russia's Goal to Distract NATO? Center for Strategic and International Studies (CSIS). Washington, D.C. https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/221114_Herd_Baltic_Conflict_0.pdf?v9StY.fatq5lqt5arUvFQNwoK8Dci1Q1.
- Hooker, R. D.; Molot, Max (2025): Building a Stronger Europe. A Companion to the Belfer Center Task Force Report on a New Transatlantic Bargain. Published by Belfer Center for Science and International Affairs, Harvard Kennedy School. Cambridge, MA. www.belfercenter.org/sites/default/files/2025-02/Belfer_Building_a_Stronger_Europe_Companion_Report_1.2.pdf.
- Karp, Regina; Maass, Richard W. (Hg.) (2024): Alliances and Partnerships in a Complex and Challenging Security Environment. NATO Allied Command Transformation; Old Dominion University. Norfolk, Virginia.
- Kiel Institut für Weltwirtschaft (o.D.): Ukraine Support Tracker. A Database of Military, Financial and Humanitarian Aid to Ukraine. Kiel. www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/?cookieLevel=not-set. Letzter Zugriff am 24.04.2023.
- Kochis, Daniel; Spoehr, Thomas; Coffey, Luke; Geller, Patty-Jane (2022): The Russian Threat: Bolstering NATO Deterrence at a Critical Time. Heritage Foundation. Washington, D.C. (Issue Brief, 5252). www.heritage.org/sites/default/files/2022-03/IB5252.pdf. Letzter Zugriff am 21.02.2024.
- Kramer, Franklin D.; Agachi, Anca (2024): Four NATO Defense Priorities for the Upcoming Washington Summit. Atlantic Council. Washington, D.C. (New Atlanticist Blog). www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/four-nato-defense-priorities-for-the-upcoming-washington-summit/. Letzter Zugriff am 21.02.2024.
- Kramer, Franklin D.; Dailey, Ann Marie; Brodfuehrer, Joslyn (2024): NATO Multidomain Operations. Near- and Medium-Term Priority Initiatives. Atlantic Council. Washington, D.C. (Issue Brief). www.atlanticcouncil.org/in-depth-research-reports/issue-brief/nato-multidomain-operations/. Letzter Zugriff am 21.02.2024.
- Kube, Courtney; Lubold, Gordon (2025): Trump Admin Considers Giving Up NATO Command that Has Been Exclusively American since Eisenhower. In: *NBC News* (online), 18.03.2025. www.nbcnews.com/politics/national-security/trump-admin-considers-giving-nato-command-exclusively-american-eisenho-rcna196503. Letzter Zugriff am 27.03.2025.
- Logan, Justin (2023): Uncle Sucker – Why U.S. Efforts at Defense Burden-sharing Fail. CATO (Policy Analysis, 940). www.cato.org/sites/cato.org/files/2023-03/policy-analysis-940.pdf.

- Lokker, Nicholas; Townsend, Jim; Hautala, Heli; Kendall-Taylor, Andrea (2023): How Finnish and Swedish NATO Accession Could Shape the Future Russian Threat. A Report of the Transatlantic Forum on Russia. Center for a New American Security (CNAS). Washington, D.C. https://s3.us-east-1.amazonaws.com/files.cnas.org/documents/FinlandSweden_TFR_2023_012423.pdf?mtime=20230124112235&focal=none.
- Maitra, Sumantra (2023): Pivoting the US Away from Europe to a Dormant NATO. Center for Renewing America. Washington, D.C. (Policy Brief). <https://americarenewing.com/policy-brief-pivoting-the-us-away-from-europe-to-a-dormant-nato/>. Letzter Zugriff am 07.02.2025.
- Maitra, Sumantra (2025): Out of Shape and Out of Control: Understanding and Reforming a »Woke« NATO. Center for Renewing America. Washington, D.C. (Policy Issues). https://americarenewing.com/wp-content/uploads/2025/02/Out-of-Shape-and-Out-of-Control_Understanding-and-Reforming-a-Woke-NATO-1.pdf. Letzter Zugriff am 07.02.2025.
- Mallory, King; Germanovich, Gene; Welburn, Jonathan W.; Smith, Troy D. (2024): Burdensharing and Its Discontents. Understanding and Optimizing Allied Contributions to the Collective Defense. RAND. www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR4100/RR4189z1/RAND_RR4189z1.pdf.
- McCusker, Elaine; Kagan, Frederick W.; Sims, Richard (2025): Dollars and Sense. America's Interest in a Ukrainian Victory. American Enterprise Institute. Washington, D.C. www.aei.org/wp-content/uploads/2025/01/Dollars-and-Sense-Americas-Interest-in-a-Ukrainian-Victory.pdf?x85095.
- McInnis, Kathleen; Fata, Daniel (2023): From Burden Sharing to Responsibility Sharing. Center for Strategic and International Studies (CSIS). Washington, D.C. (CSIS Briefs). https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-06/230607_McInnis_Burden_Responsibility.pdf?VersionId=F8rC0y86Fe3XGwm-wJQL1pQHqjYDPPh. Letzter Zugriff am 07.02.2025.
- Monaghan, Sean (2022): Resetting NATO's Defense and Deterrence. The Sword and the Shield Redux. Center for Strategic and International Studies (CSIS). Washington, D.C. (CSIS Briefs). https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/220628_Monaghan_ResettingNATO_DefenseDeterrence.pdf?73cwwXqZmu-Ko5VBYY.xPmp3Z7X2y7Yx.
- Monaghan, Sean; Jakobsen, Eskil; Martinez, Sissy; Droin, Mathieu; Sanders, Gregory; Velazquez, Nicholas et al. (2024): Is NATO Ready for War? An Assessment of Allies' Efforts to Strengthen Defense and Deterrence since the 2022 Madrid Summit. Center for Strategic and International Studies (CSIS). Washington, D.C. https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2024-06/240611_Monaghan_Ready_War_0.pdf?VersionId=UO.QCdGxKL2h_hyIPiZn8qaIWtWAJ_YD.
- Morcos, Pierre; Simón, Luis (2022): NATO and the South after Ukraine. Center for Strategic and International Studies (CSIS). Washington, D.C. (CSIS Briefs). https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/220509_Morcos_NATO_South_Ukraine.pdf?dYmMgk4cxJcl5YdNV4uzW1LLQ7nuANBE.
- NATO (2024): NATO – Topic. NATO Secretary General's Special Representative for the Southern Neighbourhood. Brüssel. www.nato.int/cps/en/natohq/topics_229634.htm, letztes Update 16.10.2024. Letzter Zugriff am 03.03.2025.
- North Atlantic Treaty Organization (NATO) (2022): NATO 2022. Strategic Concept. Brüssel. www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/290622-strategic-concept.pdf. Letzter Zugriff am 12.05.2023.
- Peters, Robert (2023): NATO's Nuclear Posture Needs Updating. Heritage Foundation. Washington, D.C. (Backgrounder, 3786). www.heritage.org/sites/default/files/2023-08/BG3786.pdf.
- Peters, Robert (2024): NATO in 2024. Can Its European Members Deter Further Russian Aggression? Heritage Foundation. Washington, D.C. (Special Report). www.heritage.org/sites/default/files/2024-07/SR285.pdf.
- Pifer, Steven (2023): For a Secure and Stable Europe, Put Ukraine on a Definitive Path to NATO. Brookings Institution. Washington, D.C. www.brookings.edu/wp-content/uploads/2023/11/FP-20231213-ukraine-nato-pifer.pdf.
- Pistorius, Boris (2025): Über Demokratie in Europa. Pistorius tritt Vance-Aussagen energisch entgegen. Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Berlin. www.bmvg.de/de/aktuelles/pistorius-rede-vance-demokratie-europa-5889426. Letzter Zugriff am 07.02.2025.
- President of the United States of America (Hg.) (2017): National Security Strategy of the United States of America. President of the United States of America. Washington, DC.
- Quinville, Robin S.; Moyer, Jason C.; Ocvirk, Masa (2024): The Washington Summit. What's at Stake for NATO's 75th Anniversary. Wilson Center. Washington, D.C. (NATO @75 Blog). www.wilsoncenter.org/article/washington-summit-whats-stake-natos-75th-anniversary. Letzter Zugriff am 14.03.2024.
- Rintakumpu, Frida; Parko, Veera (2024): More Than Sum of Its Parts? NATO Can Benefit From Nordic Models of Holistic Security. German Marshall Fund. Washington, D.C. (Insights). www.gmfus.org/news/more-sum-its-parts-nato-can-benefit-nordic-models-holistic-security. Letzter Zugriff am 02.04.2024.
- Rough, Peter (2024): Gradually, Then Suddenly. Assessing Washington's Commitments to Europe in a Pre-War World. In: Gerhard Wahlers (Hg.): NATO. The Indispensable Alliance. Berlin/Bonn: Konrad Adenauer Stiftung (International Reports, 1), S. 20–27. www.kas.de/documents/259121/30240531/EN_kas_ai_01-2024_rough_web.pdf/03d00556-c474-8d03-7ac5-2b3254b9681b?version=1.1&t=1712143888401. Deutsche Ausgabe: Erst allmählich, dann plötzlich. Eine Einordnung des US-amerikanischen Engagements in Europa in einer Vorkriegswelt. In: Gerhard Wahlers (Hg.): NATO. Die unverzichtbare Allianz. Berlin/Bonn: Konrad Adenauer Stiftung (Auslandsinformationen, 1), S. 20–27. <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/ausgaben/detail/-/content/nato-die-unverzichtbare-allianz>. Letzter Zugriff am 23.05.2025.
- Simon, Luis; Fiott, Daniel; Manea, Octavian (2023): Two Fronts, One Goal. Euro-Atlantic Security in the Indo-Pacific Age. The Marathon Initiative. Washington, D.C. <https://themarathoninitiative.org/wp-content/uploads/2023/08/Two-Fronts-One-Goal-website-publication-v.2.pdf>. Letzter Zugriff am 12.06.2024.
- Spoehr, Thomas (2022): For the Best NDA, What To Take From the House and Senate. Heritage Foundation. Washington, D.C. (Commentary Defense). www.heritage.org/defense/commentary/the-best-ndaa-what-take-the-house-and-senate. Letzter Zugriff am 07.03.2025.
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI): SIPRI Military Expenditure Database. Stockholm. www.sipri.org/databases/milex. Letzter Zugriff am 15.09.2024.
- Straus, Ira (2023): As NATO Grows, it Needs New Ways to Expedite its Decisions. Atlantic Council. Washington, D.C. (New Atlanticist Blog). www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/as-nato-grows-it-needs-new-ways-to-expedite-its-decisions/. Letzter Zugriff am 19.10.2023.
- The Alphen Group (2025): Atlantic Charta 2025. A New Deal for America. <https://thealphengroup.com/wp-content/uploads/2025/01/THE-ALPHEN-GROUP-ATLANTIC-CHARTER-2025-MASTER-FINAL-200125-1.pdf>.
- The Marathon Initiative (o.D.): What We Do. Washington, D.C. <https://themarathoninitiative.org/what-we-do/>. Letzter Zugriff am 10.03.2025.
- The White House (2022): National Security Strategy. Washington, D.C. www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf. Letzter Zugriff am 26.10.2022.
- Trachtenberg, Marc (2024): Is There Life After NATO? CATO. www.cato.org/sites/cato.org/files/2024-10/policy-analysis-982.pdf.
- United States Institute of Peace (USIP) (2024): Report of the Expert Study Group on NATO and Indo-Pacific Partners. Washington, D.C. www.usip.org/publications/2024/02/report-expert-study-group-nato-and-indo-pacific-partners. Letzter Zugriff am 02.03.2025.
- van Tol, Jan; Bassler, Chris; Elgin, Katherine Kjellström; Hacker, Tyler (2022): Deterrence and Defense in the Baltic Region. New Realities. Center for Strategic and Budgetary Assessments (CSBA). Washington, D.C. [https://csbaonline.org/uploads/documents/CSBA8312_\(Deterrence_Defense_Baltic\)_web.pdf](https://csbaonline.org/uploads/documents/CSBA8312_(Deterrence_Defense_Baltic)_web.pdf).
- Vance, J. D. (2025): Vice President JD Vance Delivers Remarks at the Munich Security Conference. The White House. www.youtube.com/watch?v=pCOsgfInDKg. Letzter Zugriff am 14.02.2025.
- Wither, James K. (2016): Making Sense of Hybrid Warfare. In: *Connections* QJ 15 (2), S. 73–87. DOI: 10.11610/Connections.15.2.06.

Über den Autor

Dr. Marco Overhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. In der Forschungsgruppe Amerika liegen seine Forschungsschwerpunkte auf der US-amerikanischen Verteidigungs- und Militärpolitik, der transatlantischen Verteidigungspolitik, der NATO, der US-amerikanischen Sicherheitspolitik im Nahen Osten und der US-amerikanischen Sicherheitspolitik im Indopazifik. Zuvor war er im Auswärtigen Amt im Planungsstab und in der Abteilung Nordamerika (USA, Kanada, G7/G8) tätig.

Die Zukunft der NATO – Länderstudie Italien

Die NATO ist seit ihrer Gründung die zentrale Sicherheitssäule der deutschen und europäischen Verteidigungspolitik. Seit dem Ende des Kalten Krieges durchlief sie eine Reihe interner Transformationen und Neuausrichtungen, ausgelöst durch die Entwicklungen im internationalen Sicherheitsumfeld und durch den Druck seiner Mitgliedsstaaten.

Während der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine das Selbstverständnis der NATO als zentraler Garant der kollektiven Sicherheit gestärkt hat, müssen mit dem Wechsel der US-Administration Anfang 2025 erneut grundlegende Fragen geklärt werden. Welche Rolle werden die USA zukünftig für Europas Sicherheit übernehmen und wie können die europäischen Nationen darauf reagieren?

Diese Publikation ist Teil der Studie »Die Zukunft der NATO«, in der die verschiedenen Debatten zur Allianz und den aktuellen Sicherheits Herausforderungen in 11 Mitgliedsstaaten und 3 Nicht-Mitgliedsstaaten zusammengefasst und analysiert werden. Diese Länderstudien sind Grundlage für eine zusammenfassende Publikation, um mögliche Antworten auf die offenen Fragen zu finden und mögliche Zukünfte der NATO zu entwerfen.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ [fes.de](https://www.fes.de)